

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Hermann Brückl, MA
und weiterer Abgeordneter

betreffend Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen

Bereits im türkis-blauen Regierungsprogramm 2017 wurde festgehalten:

Entlastung der Eltern durch Anbieten von Lernmodulen in einer „Sommerschule“

Durch das Versäumnis bei der Umsetzung durch das ÖVP-Bildungsministerium, ist nun dieses durch die Corona-Krise im Zugzwang. Die inzwischen medial angekündigte „Sommerschule“ wurde nun überfallsartig und chaotisch ins Leben gerufen. Angedacht ist diese nur für wenige Schüler, mit freiwilligen und verpflichtenden Lehrpersonen. Details blieben offen. So wie auch bei anderen „Corona-Maßnahmen“ ist plötzlich die Autonomie gefragt, die aber letztendlich dann doch wieder nicht gewollt ist.

Angekündigt wurde am 5. Juni unter anderem:

In den kommenden Tagen soll per Elternbrief an Volksschulen sowie Sekundarstufe eins (v.a. Neue Mittelschule und AHS-Unterstufe) über das Angebot informiert werden. Zielgruppe sind außerordentliche Schüler bzw. Schüler, die in Deutsch zwischen vier und fünf stehen oder die aufgrund der vergangenen Monate einen besonderen Aufholbedarf haben. Ausschlaggebend ist die "Empfehlung" des Klassenlehrers bzw. der Schulleitung. Faßmann schätzte die potenzielle Zahl der in Frage kommenden Schüler auf 40.000 bis 42.000.

Wieso diese „Sommerschule“ nur für ausgewählte Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht, wieso es nur einen Deutschschwerpunkt geben soll, ob die Zielgruppe überhaupt gewillt ist daran teilzunehmen, welche Lehramtsstudenten als kostenlose Arbeitskraft zur Verfügung stehen, wer die ausgewählten guten Schüler als "Buddies" sein werden, wer die die Lehrer sind, die als Mentoren und Begleiter der Studenten fungieren sollen und vielen andere Fragen bleiben offen. Damit wird heuer auf Grund der Versäumnisse des Bildungsministeriums die grundsätzlich begrüßenswerte Sommerschule zur Farce werden.

Ein Entschließungsantrag, um noch heuer die Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, wurde von den Regierungsparteien am 17. Juni 2020 abgelehnt

Da aber eine Sommerschule ein wichtiges bildungspolitisches Projekt ist, ist es notwendig, diese nun für die folgenden Jahre ordentlich zu planen und frühzeitig zu fixieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, bis zum 31.12.2020 die Voraussetzungen zu schaffen, damit ab dem Sommer 2021 eine gut geplante, für alle Schülerinnen und Schüler bis zur 8. Schulstufe zugängliche, Sommerschule mit folgenden Eckpunkten stattfinden kann:

- ein breites Angebot, nicht nur Deutschförderung
- keine Kosten für die Schülerinnen und Schüler
- die Sicherstellung von ausreichendem Lehrpersonal
- eine ordentliche Bezahlung von eingesetzten Lehramtsstudenten – zumindest in der gleichen Höhe wie außerordentliche Zivildienstler
- eine konkrete Planung jeweils bis zum Ende des Wintersemesters“

The image shows several handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row contains three signatures, and the bottom row contains three signatures. The signatures are stylized and difficult to read, but they appear to be the names of the members of the committee mentioned in the text below.

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Unterrichtsausschuss ersucht.

